

Doppelte Stimme für die Alten

Gegenwärtig wird wieder gefordert, dass die Jungen bei Wahlen und Abstimmungen zwei Stimmen bekommen. Das ergibt keinen Sinn. Von Bruno S. Frey

Auf den ersten Blick scheint die Forderung einer doppelten Stimme für die Jungen einleuchtend. Die Jugend wird schliesslich definitionsgemäss in der Zukunft leben. Sie sollte deshalb direkt und mit besonderem Gewicht mitbestimmen können. Sie ist dazu nicht nur legitimiert, sondern möglicherweise auch besonders interessiert (wenn auch die heutige geringere Stimmbeteiligung der Jungen nicht gerade dafür spricht). Im Gegensatz dazu werden die Alten bald sterben, und deshalb – so wird argumentiert – ist ihnen die Zukunft gleichgültig.

Genau das Gegenteil ist richtig: Die Alten sollten eine doppelte Stimme erhalten. Entscheidend für die Zukunft sind gute Regeln des Zusammenlebens. Was künftig geschieht, wird durch die grundlegenden Institutionen oder die Verfassung bestimmt, in der geregelt wird, in welcher Weise Konflikte überwunden werden und wie vernünftig regiert wird. Dazu gehört die Garantie der politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Freiheiten, der Mitwirkungsmöglichkeiten in einer Demokratie, des Rechtsstaats und der Menschenrechte.

Frei von Eigeninteressen

Diese Grundrechte sind für die Wohlfahrt in der Zukunft entscheidend. Die wissenschaftliche Forschung hat überzeugend nachgewiesen, dass Länder friedlicher, wohlhabender und glücklicher geworden sind, wenn sie über geeignete Institutionen verfügen. Ein Haitianer ist in den USA zehnmal so produktiv wie in Haiti selbst. Dies liegt an den

Die Alten vertreten keine Eigeninteressen für die Zukunft, die sie ja nicht erleben werden.

wesentlich günstigeren Arbeitsbedingungen in den USA. Beispielsweise werden Verträge eingehalten, die persönliche Sicherheit ist höher, die Reise zur Arbeit ist verlässlicher und die Ausbeutung wegen der Existenz von Gewerkschaften geringer. Diese Bedingungen sind unabhängig vom Einsatz einer einzelnen Person; sie werden durch die grundlegenden Institutionen bestimmt.

Wer soll nun aber über diese grundlegenden Institutionen bestimmen? Es sollten die Alten sein, denn sie vertreten keine Eigeninteressen für die Zukunft, die sie ja nicht erleben



«Weisheit» für die zukünftigen Generationen.

werden. Ihre Entscheidung ist stärker durch allgemeine gesellschaftliche Erwägungen und weniger durch persönliche Anliegen bestimmt. Sie kümmern sich vielmehr um das zukünftige Leben ihrer Enkel und Urenkel. Sie wissen aber nicht, ob diese besonders klug, gut ausgebildet, erfolgreich oder gesund sein werden. Deshalb sind die Alten an Regeln des Zusammenlebens interessiert, die zugleich produktiv und gerecht sind. Die Alten verfügen damit auf natürliche Art über eine «Weisheit», die den zukünftigen Generationen zugutekommt. Diese Einsicht geht auf den bedeutenden österreichischen Wissenschaftler Friedrich von Hayek zurück.

Die grundsätzlichen Regeln des zukünftigen Zusammenlebens sind von den Alten zu bestimmen, wozu sie eine doppelte Stimme (oder sogar mehr) erhalten müssen. Innerhalb dieser Regeln besteht durchaus Raum für ein gewichtetes Stimmrecht für die Jungen.



Bruno S. Frey ist ständiger Gastprofessor an der Universität Basel und Forschungsdirektor bei CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts, Switzerland.

– zum Teil mehrmals. Dennoch warten sie in Grenznähe auf die nächste Gelegenheit, doch noch in die Schweiz zu kommen, zum Teil ermutigt und angestachelt von «No Borders»-Aktivisten. Es ist an Italien, zu entscheiden, ob es die Zustände in Como weiter akzeptiert und für die Migranten allenfalls eine Containersiedlung aufstellt. Möglicherweise beharrt das Land aber darauf, dass die Migranten abziehen und sich echte Flüchtlinge in die ordentlichen Strukturen des italienischen Asylwesens begeben.

3. Ein Anrecht auf ein Asylverfahren und damit Zugang zur Schweiz hat nicht jeder, der an der Grenze «Asyl» sagt, sondern nur, wer auch glaubhaft an einem solchen Verfahren interessiert ist. Jenen Migranten, die schon mehrmals vergeblich probiert haben, die Grenze zu überqueren, und beim x-ten Versuch plötzlich Asyl beantragen, fehlt diese Glaubwürdigkeit. Denn die Behörden kennen den Trick: Wer erst einmal in ein Asylheim gebracht worden ist, kann sich dort problemlos entfernen und an die deutsche Grenze weiterreisen – und schon ist die Schweiz, wie gewünscht, durchquert. Im Juli wurde fast 2500 Personen ein Asylverfahren zugestanden, was ein hoher Wert ist. Vorwürfe, die Grenzbehörden wiesen regelmässig Asylberechtigte zurück, sind darum wenig stichhaltig. Richtig ist vielmehr, dass die meisten Asylantragsteller aus dem sicheren Italien anreisen, wo sie gemäss Dublin-Abkommen eigentlich bleiben müssten. Es kann also keine Rede davon sein, dass die Grenzbehörden internationales Recht verletzen würden. Im Gegenteil wenden sie dieses ein Stück weit konsequenter an als früher.

Wie in Idomeni

Beim wilden Camp in Como fühlt man sich an die Zustände von letztem Frühling im Ort Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze erinnert. Dort hatte Mazedonien die Grenzen geschlossen und damit die monatelange Praxis des Durchwinkens von Migranten in Richtung Zentraleuropa beendet. In der Hoffnung, irgendwann doch noch über die Grenze zu kommen, harrten Tausende von Menschen viele Wochen in Dreck und Schlamm aus. Es gab mehrere gewaltsame Durchbruchversuche. All das produzierte hässliche Bilder, die Aktivisten Stoff für schwere Vorwürfe boten. Mazedonien aber hielt unbeirrt an der Blockade fest.

Nach mehreren Monaten liessen sich die letzten verbliebenen Migranten dann doch von der Grenze wegbringen. Seither ist die sogenannte Balkanroute weitgehend geschlossen und der unverantwortliche Durchmarsch von Hunderttausenden in Richtung Deutschland beendet. Die Schweizer Grenzwaache trägt mit ihrer konsequenten Haltung ebenso dazu bei, dass im Asylwesen Europas wieder geordnete Verhältnisse einkehren. ○